



18. Wahlperiode

Drucksache 18/4063

HESSISCHER LANDTAG

Dringlicher Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend 7 Millionen Euro Kürzungen im Ausbildungsbudget: Landesregierung verhindert Ausbildung von benachteiligten Jugendlichen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Kürzungen von 7 Millionen Euro im Ausbildungsbudget durch das Hessische Sozialministerium unverzüglich rückgängig zu machen.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Verkündung dieser Kürzung um über 40 Prozent im April 2011 im Vergleich zur Zusage im Dezember 2010 zum wiederholten Male einen unerträglichen Stil der Landesregierung im Umgang mit den Kommunen dokumentiert und für die dringend notwendig abzustimmende Zusammenarbeit ein erneuten schweren Rückschlag darstellt.

Begründung:

In einem Brief vom April 2011 teilt die Landesregierung den betroffenen Trägern von Ausbildungsmaßnahmen mit, dass „die noch im Dezember 2010 angekündigte Höhe des Ausbildungsbudgets nicht in voller Höhe eingelöst werden“. Danach hätten sie mit einer Kürzung von über 40 Prozent der Gelder zu rechnen. Die Mittel des Sozialministeriums für Ausbildungsmaßnahmen aus dem heute so genannten Ausbildungsbudget werden für verschiedenste Ausbildungsmaßnahmen bei unterschiedlichsten Trägern – besonders für benachteiligte Jugendliche verwendet. Mit diesen Kürzungen der Landesregierung im Ausbildungsbudget des Hessischen Sozialministeriums um 7 Millionen Euro werden hunderte von Ausbildungsplätzen für benachteiligte Jugendliche verloren gehen.

Dies ist ein völlig falsche Sparmaßnahme, da gerade diese Zielgruppe große Probleme hat, auf dem ersten Ausbildungsmarkt Stellen zu finden oder erfolgreich zu absolvieren. Es ist allen Akteuren in diesem Bereich klar, dass der Wegfall dieser Mittel und den damit verbundenen Ausbildungsstellen bildungspolitisch völlig kontraproduktiv ist. Die Jugendlichen, meist ohne Abschluss, müssen weiter betreut werden und daher in Maßnahmen des weit weniger zielführenden „Übergangssystems“ rutschen, ohne dabei einen gleichwertigen Abschluss zu erhalten. Für die Zukunft dieser Jugendlichen und die Integration in den Arbeitsmarkt ist die Kürzung deshalb eine fatale Entscheidung, die den öffentlichen Kassen am Ende teurer zu stehen kommt, als die kurzfristigen Einsparungen im Haushalt.

Wiesbaden, den 17. Mai 2011

Der Fraktionsvorsitzende:

Tarek Al-Wazir